



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Dithmarschen

25746 Heide, Hamburger Straße 2, ☎ 0481/4211002 - FAX 86208

E-Mail: spd-fraktiondithm@t-online.de

Offener Brief

Herrn Betriebsratsvorsitzenden
am WKK Brunsbüttel und Heide gGmbH
Helgo Höpfner
Esmarchstraße 50
25746 Heide

Betriebsrat soll zur konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehren und Mediation ermöglichen

Sehr geehrter Herr Höpfner,

nach Auffassung der SPD-Fraktion im Dithmarscher Kreistag ist der Betriebsrat schlecht beraten, wenn er auf Konfrontation mit der Geschäftsführung des Klinikums setzt. Es dient weder den Kliniken und schon gar nicht den Mitarbeitern, wenn der Betriebsrat die Mediation zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten blockiert.

Absurd und nicht akzeptabel ist es, die Aufnahme von Schlichtungsgesprächen unter die Bedingung der vorherigen Klagrücknahme zu knüpfen.

Untauglich und unangemessen ist es auch, wenn die Gewerkschaft ver.di im Internet und durch Mails dazu aufruft, Druck auf die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und die Kreispolitik aufzubauen. Es ist dreist und anmaßend, wenn Mitgliedern des Aufsichtsrates und den Kreispolitikern in den von ver.di lancierten Schreiben mangelnde Sachkunde und Aufsicht unterstellt wird.

Weil Sie mit Ihrem Verhalten das politische Bemühen um den Erhalt und Stärkung der Krankenhäuser in Heide und Brunsbüttel unterlaufen, erlaube ich mir folgende Hinweise:

Die SPD in Dithmarschen stand und steht für den Erhalt und den Ausbau leistungsfähiger Krankenhäuser in Dithmarschen. Es war die SPD-Kreistagsfraktion, die die überkommenen Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aufgebrochen und damit den Weg für die umfangreiche Modernisierung und den Erhalt des Krankenhauses Brunsbüttel gesichert hat.

Sozialdemokraten standen und stehen für ständige Modernisierung und Erweiterung am Klinikum Heide. Beispielhaft sind die aktuellen Bestrebungen zur Errichtung einer Infektionsabteilung anzuführen.

Es sind Sozialdemokraten, die für grundsätzliche Überlegungen und Weichenstellungen im Bereich der Krankenhäuser stehen. Zu nennen sind die Gespräche mit den Trägern der Krankenhäuser in den Nachbarkreisen (Stichwort: Kooperation, Fusion pp.), zum Erhalt leistungsfähiger Versorgungsstrukturen an der Westküste.

Hinzuweisen ist auf das zähe und mühevollen Ringen der Spitze der SPD-Kreistagsfraktion um die Übernahme der Millionendefizite des Hauses Brunsbüttel durch den Kreis im Rahmen des aktuellen Haushaltes, was wegen der engen kommunalrechtlichen Vorgaben hoch problematisch ist und erhebliche Kräfte bindet.

Bei allem haben die Sozialdemokraten stets auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Häuser geachtet. Sozialdemokraten haben für die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat gesorgt, als dies gesetzlich nicht zwingend war. Die jetzige Besetzung der Geschäftsführung ist gerade auch Folge der ausdrücklichen Arbeitnehmerwünsche.

Die hohe Kompetenz der Sozialdemokraten in der Krankenhauspolitik des Kreises ist der Grund dafür, dass diese mit Klaus-Jürgen Esch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates stellen, und zwar mit ausdrücklicher Zustimmung der konservativen Mehrheitsfraktion. Mit dem Versuch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu demontieren, erweist ver.di den Arbeitnehmern der Kliniken einen Bärendienst.

Der aktuelle Streit zwischen dem Vorsitzenden des Betriebsrates und der Geschäftsführung ist eine Personalangelegenheit, die in die Zuständigkeit der Geschäftsführung fällt. Es ist nicht Aufgabe der Kreistagsfraktionen oder gar einzelnen Abgeordneten, diesen Streit rechtlich zu bewerten oder öffentlich zu kommentieren. Letztlich ist es kein „Beinbruch“, wenn die wechselseitigen Vorwürfe vor dem Arbeitsgericht geklärt werden, dazu sind Gerichte nun einmal da.

Aus Sicht der SPD im Kreistag ist allerdings eine außergerichtliche Einigung wünschenswert. Solange Mediationsgespräche zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat aber von der vorherigen Klagrücknahme des WKK abhängig gemacht werden, stellt dies faktisch eine Absage an außergerichtliche Einigungsbemühungen dar. Die Gewerkschaft ver.di schadet den Krankenhäusern, wenn sie den Konflikt gezielt in die Öffentlichkeit zerrt und gleichzeitig allen Einigungsbemühungen mit der absurden Aufforderung zur vorherigen Klagrücknahme die Grundlage entzieht. Dies sollten auch die Verfasser der zahlreichen, inhaltsgleichen Schreiben an die Kreispolitik einmal kritisch betrachten.

Im Interesse der Kliniken, der Arbeitsplätze und vor allem der Mitarbeiter sollte der Betriebsrat ohne Vorbehalte und Bedingungen in die Mediation mit der Geschäftsführung der Kliniken einwilligen. Der öffentlichen Rabatz mag der Gewerkschaft ver.di nützen, ganz sicher aber nicht dem Erhalt leistungsfähiger Krankenhäuser, attraktiver Arbeitsplätze und dem Betriebsfrieden.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Halusa

- Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion -